

Europa darf die Grundprinzipien der europäischen Sicherheitsordnung nicht preisgeben¹

Jana Puglierin

Die russische Annexion der Krim und die bis dato andauernde politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der prorussischen Separatisten im Osten der Ukraine durch den Kreml haben zu einem tiefen Zerwürfnis zwischen Russland und den Staaten der Europäischen Union im Verbund mit den USA und Kanada geführt. In der sogenannten „Ukraine-Krise“, die in Wahrheit ein russisch-ukrainischer Krieg ist, ist die tiefe Frustration, die Russland in den letzten 25 Jahren gegenüber dem Westen entwickelt hat, offen zutage getreten. Die „Ukraine-Krise“ ist dafür nur ein Symptom, der Konflikt selbst geht weit über die Ukraine hinaus. Im Kern dreht er sich um die europäische Sicherheitsordnung.

Inzwischen ist überdeutlich geworden, dass Russland sich selbst als „post-europäischen Staat“² sieht, der die Grundprinzipien der europäischen Sicherheitsordnung, die alle Staaten – auch Russland – vertraglich mehrfach anerkannt haben, nicht länger akzeptiert. Russland fühlt sich an diese Regeln nicht mehr gebunden und möchte das Verhältnis zum Westen neu verhandeln. Der Westen hingegen will die geopolitischen Ansprüche Moskaus weder akzeptieren noch legitimieren und hält an den bestehenden Grundprinzipien fest.

Die Differenzen zwischen den Konfliktparteien sind so groß, dass sie unüberbrückbar scheinen. Sie umfassen den Kern dessen, was die Sicherheitsordnung in Europa bislang ausgemacht hat: Das Prinzip der staatlichen Souveränität sowie der territorialen Integrität, das Gewaltverbot,

1 Eine frühere Fassung des Textes erschien erstmals unter dem Titel „Ein neues Helsinki für Europa? Russland, der Westen und die Grundlagen der europäischen Sicherheitsordnung“ in der von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen Sammelpublikation „Europa und die neue Weltordnung. Analysen und Positionen zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik“, Band 10 der Reihe Europa, Berlin 2016. Er wurde für diese Publikation überarbeitet und aktualisiert.

2 Vgl. Alexei Miller und Fyodor Lukyanow, *Detachment Instead of Confrontation: Post-European Russia in Search of Self-Sufficiency*, 2016, (http://www.kreisky-forum.org/dataall/Report_Post-EuropeanRussia.pdf).

die Nicht-Intervention in innere Angelegenheiten, die Unverletzbarkeit von Grenzen und das nationale Selbstbestimmungsrecht. Moskau und der Westen haben unterschiedliche Interpretationen dieser Prinzipien, die auf die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris zurückgehen, entwickelt. Beide Interpretationen schließen sich gegenseitig aus. Sie werden in ebenso unterschiedliche historische Narrative über die Entstehung des aktuellen Konflikts eingebettet, welche das Prisma bilden, durch das beide Parteien auf das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen schauen.³

Für die Länder der Europäischen Union ist der ungewollte Konflikt mit Russland mit einer schmerzhaften Erkenntnis verbunden: Ihre bisherige Russlandpolitik, basierend auf der Idee von Partnerschaft und gemeinsamen Regeln, ist gescheitert. Ihre Hoffnung, dass eine enge Zusammenarbeit automatisch zu einer Annäherung Russlands an den Westen führen würde, hat sich als Illusion entpuppt. Doch auf eine Politik in der unmittelbaren Nachbarschaft, die nicht auf Partnerschaft beruht, sondern die durch Konfrontation bestimmt wird, ist die „Zivilmacht“ Europa nur schlecht vorbereitet.

Den Ländern der EU fällt es schwer, den Konflikt mit Russland auszuhalten; es herrscht Ratlosigkeit darüber, wie mit dem „Störer“ umzugehen ist. Anders als noch nach dem Georgien-Krieg 2008 können sie nicht einfach zu einem „Business as usual“ mit Russland zurückkehren – zu deutlich macht der Kreml, dass er nicht mehr nach den etablierten Regeln spielen will. Russland zeigt bislang – unbeeindruckt von den westlichen Sanktionen – keinerlei Bereitschaft, dem Westen entgegenzukommen und einzulenken. Die Situation ist verfahren, eine gemeinsame Vision für die europäische Sicherheitsordnung ist nicht in Sicht. Von einem „integrierten System umfassender Sicherheit“, von dem der damalige russischen Präsidenten Medwedew 2008 sprach, ist man heute weiter denn je entfernt.

Doch worin besteht der Kern der Auseinandersetzung? Und gibt es nicht doch Anknüpfungspunkte, um die „Sprachlosigkeit zu überwinden“ und ein „Rapprochement“ voranzutreiben, wie der ehemalige deutsche

3 Zu den Narrativen vgl. Thomas Frear und Lukasz Kulesa (Hrsg.), *Competing Western and Russian Narratives on the European Order: Is there Common Ground?*, Conference Report, April 2016, (<http://www.europeanleadershipnetwork.org/media-library/2016/04/20/158c120d/ELN%20Competing%20Narratives%20Report.pdf>).

Außenminister Frank-Walter Steinmeier immer wieder vorgeschlagen hat?⁴ Der Wunsch nach einem „positiven Dialog“ ist in Europa groß, wo man noch immer hofft, Moskau zurück auf den Pfad der Kooperation führen zu können.

Kein Konsens über das internationale System und eine europäische Friedensordnung

Russland wirft dem Westen vor, es sei nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht gelungen, eine wirkliche gesamteuropäische Sicherheitszone zu etablieren und dadurch die geopolitische Teilung Europas zu überwinden. Statt ein „gemeinsames europäische Haus“ auf einem gleichberechtigten westlichen und östlichen Pfeiler zu errichten, sei Russland gezwungen worden, sich dem westlichen Siegerdiktat zu beugen – einem Diktat, das ausschließlich westlichen Interessen diene. Nach russischer Lesart sollte sich Russland demnach einer von EU und NATO dominierten europäischen Ordnung unterordnen, ohne diese Ordnung selbst beeinflussen und als Vetomacht Regeln setzen zu können. Russische Initiativen, die OSZE aufzuwerten und sie als euro-atlantische und eurasische Sicherheitsgemeinschaft zur dominierenden Institution innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur zu machen, um einen gemeinsamen und unteilbaren Sicherheitsraum ohne Trennlinien und Zonen mit unterschiedlichen Sicherheitsniveaus zu schaffen, habe der Westen konsequent vernachlässigt.⁵

Dies führte auf russischer Seite zu der Wahrnehmung, vom Westen gedemütigt und geopolitisch kleingehalten worden zu sein. Durch die östlichen Erweiterungen von EU und NATO sei Russland immer weiter an den Rand Europas gedrängt worden, ohne dass das russische Sicherheitsbedürfnis und die russische Position als Hegemon im post-sowjetischen Raum vom Westen akzeptiert worden seien. Die Europäische Union habe es zudem versäumt, Russland den speziellen Status zukommen zu lassen, der Moskau nach eigenem Ermessen auch gegenüber anderen,

4 Interview mit Frank-Walter Steinmeier am 23. April 2016, „Steinmeier: It's Time to Talk“, in Handelsblatt Global Edition, Nr. 415, im Internet: <https://global.handelsblatt.com/edition/415/ressort/politics/article/steinmeier-its-time-to-talk>

5 Vgl. Andrey Kortunov, „How Not to Talk with Russia“, ECFR Commentary, 1. April 2016, im Internet: http://www.ecfr.eu/article/commentary_how_not_to_talk_with_russia_6053.

„gewöhnlichen“ post-kommunistischen Staaten zustehe. Damit habe Russland sich nicht abfinden können, so dass der Westen Moskau schließlich dazu gezwungen habe, sich wieder als eigenständigen Pol im europäischen Sicherheitssystem zu positionieren – was mit Gründung der von Russland angeführten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) seinen konkreten Niederschlag gefunden habe.

Um den Vorwurf zu entkräften, Russland nicht „auf Augenhöhe“ behandelt zu haben, argumentiert der Westen, er habe Moskau Zugang zu seinen Institutionen gewährt, ohne dass Russland in jedem Fall auch dafür qualifiziert war. Die russische Aufnahme in die G8 ist ein gutes Beispiel. Aus der Perspektive des Westens sind die Erweiterungen von NATO und EU zudem notwendige Schritt gewesen, um das legitime Sicherheitsbedürfnis mitteleuropäischer Staaten, die jahrzehntelang unter sowjetischer Herrschaft zu leiden hatten, zu befriedigen, und zu verhindern, dass in der mitteleuropäischen Nachbarschaft eine Zone der Instabilität und des Staatenzerfalls entsteht. Die Annexion der Krim und das Vorgehen Russlands im Osten der Ukraine haben dazu beigetragen, dass sich die mittel- und osteuropäischen Neu-Mitglieder in ihrer Präferenz für EU und NATO als Garanten für ihre eigene Sicherheit zusätzlich bestätigt sehen. Der Westen betont, er habe alles daran gesetzt, diese Erweiterungen nicht als Bedrohung für Russland erscheinen zu lassen und zahlreiche Angebote gemacht, um Russland konstruktiv einzubinden – sei es in Form des NATO-Russland-Rates, sei es durch die Modernisierungspartnerschaft zwischen Russland und der EU oder die Pläne für die bereits seit 2003 langfristig angestrebte Visafreiheit für Bürger der Europäischen Union und Staatsangehörige der Russischen Föderation.

Hier zeigt sich ein fundamentaler Dissens zwischen beiden Seiten. Die Erweiterungsperspektive von NATO und EU funktioniert nach dem Prinzip der einseitigen Anpassung. Wer Mitglied werden will, muss die Regeln der Institutionen befolgen – die Institutionen passen ihre Prinzipien nicht an potenzielle neue Mitglieder an und unterwerfen sich keinem russischen Veto. Dieses Modell, das in Mittel- und Osteuropa funktioniert hat, ist für Russland inakzeptabel. Moskau möchte nicht einfach in ein westliches Modell eingebunden werden und sich auch keiner Sicherheitsordnung unterwerfen, die auf euro-atlantischen Institutionen und Prinzipien basiert. Moskau nimmt für sich in Anspruch, selbst zu bestimmen, welche Regeln (zumindest) im post-sowjetischen Raum gelten, den es als russischen Hinterhof begreift.

Denn anders als der Westen interpretiert der Kreml die KSZE-Schlussakte von Helsinki immer noch in der Tradition der Abkommen von Jalta und Potsdam vor allem als Dokument, welches die territoriale Aufteilung Europas in Interessensphären und Einflusszonen festgeschrieben habe. Das Ende der Blockkonfrontation habe dann auch das Ende dieser „festgefügtten Vereinbarungen“ eingeläutet und in Europa ein Vakuum hinterlassen.⁶ Russland sieht die europäische Sicherheitsordnung wie im Kalten Krieg als Nullsummenspiel, bei dem es Gewinner und Verlierer gibt. Nach Alexei Miller und Fyodor Lukyanow sei Moskau als „Verlierer“ des Kalten Krieges lange Zeit zu schwach gewesen, den Westen daran zu hindern, in das im Osten Europas entstandene Machtvakuum vorzustoßen. Erst mit der Annexion der Krim und der Unterstützung der gegen Kiew gerichteten Kräfte im Donbass sei es gelungen, eine rote Linie zu ziehen. Gleichzeitig habe Moskau so demonstriert, dass es nicht länger Willens sei, Regeln zu akzeptieren, die zu einem Zeitpunkt ausgehandelt wurden, als Russland am Boden lag.⁷ Miller und Lukyanov bringen es auf den Punkt, wenn Sie schreiben:

„From Moscow’s point of view, the order established after 1991 was not a natural continuation of the agreements that secured peace and security in Europe during the last years of the Cold War. So Russia did not view the realities that emerged after the breakup of the Soviet Union as immutable, nor did it consider its actions with regard to the neighboring countries (...) a violation of the earlier accords. In other words, *Russia never fully agreed with the “new world order”, which the West took for granted, even though it put up with it as given until the middle of the 2000.*“⁸

Während Russland heute in das Europa von 1917 oder das nach 1945 zurückkehren will, als Einflussphären legitime Schlüsselbedingung für ein funktionierendes und stabiles Miteinander der europäischen Staaten waren, möchte der Rest Europas nicht wieder hinter die 1990er Jahre zurückfallen. Eine europäische Sicherheitsordnung auf der Basis von einem neuen Jalta-Abkommen oder einer Neuauflage des Wiener Kongresses ist für den Westen schlicht inakzeptabel.

6 Vgl. Fyodor Lukyanov / Stefan Meister, „Wie geht es weiter in Europa?“, in: *Russia Beyond The Headlines*, 7. Mai 2015, im Internet: http://de.rbth.com/meinung/2015/05/07/wie_geht_es_weiter_in_europa_33595.

7 So die Argumentation von Alexei Miller und Fyodor Lukyanov, *Detachment Instead of Confrontation: Post-European Russia in Search of Self-Sufficiency*, 2016, (http://www.kreisky-forum.org/dataall/Report_Post-EuropeanRussia.pdf), S. 4f.

8 Siehe *ibid.*

Denn in den Staaten der Europäischen Union und der übrigen westlichen Welt herrscht die Überzeugung, dass die in der Charta von Paris 1990 vereinbarten Prinzipien und Grundsätze, die im Budapester Memorandum 1994 sowie der NATO-Russland-Grundakte von 1997 noch einmal bekräftigt wurden, sehr wohl weiter „festgefügte Vereinbarungen“ darstellen, die für alle OSZE-Staaten zwischen Vancouver und Wladiwostok und damit nach wie vor auch für Russland gelten. Zum einen, weil die Russische Föderation als Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion deren Rechte und Pflichten aus der Charta von Paris übernommen hat. Zum anderen, weil die ehemaligen Sowjetrepubliken mit dem Ende der Sowjetunion formell einwilligten, gegenseitig ihre Grenzen und ihre territoriale Integrität zu achten sowie ehemals innerstaatliche Grenzen als internationale anzuerkennen. Und zum Dritten, weil das Budapester Memorandum sowie die NATO-Russland-Grundakte explizit das freie Bündniswahlrecht anerkennen und beide Dokumente auch von Russland unterschrieben wurden. Russland kann sich nach Meinung des Westens unter Verweis auf eine Art „Versailles-Syndrom“ nicht plötzlich von diesen „festgefügten Vereinbarungen“ lossagen – oder deren Existenz gar bestreiten. Auch wer diese Regeln bricht, bleibt an sie gebunden – das gilt für Russland, wie auch für den Westen selbst.

Kein neuer kalter Krieg!

Dieser Schlagabtausch russischer und westlicher Sichtweisen ließe sich noch eine ganze Weile fortsetzen. Die Differenzen erstrecken sich nicht nur auf die Entstehung der europäischen Sicherheitsarchitektur nach 1990 oder die Legitimität der Osterweiterung von NATO und EU, sondern daraus abgeleitet auch auf die völkerrechtliche Zulässigkeit der westlichen Interventionen im Kosovo 1999, im Irak 2003 oder in Libyen 2011 sowie der russischen Interventionen in Georgien 2008 und in der Ukraine 2014. Sie umfassen ferner die Frage, ob sich hinter dem westlichen Bestreben, die Zivilgesellschaften im post-sowjetischen Raum zu stärken, dort unabhängige Medien zu unterstützen und den demokratischen Transformationsprozess weiter auszuweiten, letztlich der Versuch verbirgt, mittels sogenannten Farbrevolutionen die Führung im Kreml zu stürzen.⁹

9 Siehe Stefan Meister und Jana Puglierin, *Perzeption und Instrumentalisierung. Russlands nicht-militärische Einflussnahme in Europa*, DGAPkompakt, Nr. 10, September 2015, S. 2.

Jede weitere Aufzählung an Differenzen, so aufschlussreich und lohnenswert eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Argumenten beider Seiten auch ist, läuft schlussendlich immer wieder auf die gleiche Erkenntnis heraus: Russland und der Westen haben tatsächlich keine gemeinsame Vision für das internationale System und eine europäische Friedensordnung. Moskau möchte sich nicht länger einer Sicherheitsordnung unterwerfen, die seiner Interpretation nach auf rein euro-atlantischen Institutionen und Prinzipien basiert. Der Westen begreift diese Prinzipien als mindestens gesamteuropäisch, wenn nicht gar universell, und die darauf hervorgegangenen Institutionen als Instrumente der Kooperation im Sinne einer strategischen Partnerschaft.

Für einen neuen Vertrag über europäische Sicherheit, dem oft geforderten „neuen Helsinki“, scheint es derzeit also keinerlei Anknüpfungspunkte zu geben. Von einem gemeinsamen „europäischen Haus“, das dem russischen Präsidenten Michail Gorbatschow 1989 vorschwebte, oder von einem „geeinten, freien und friedlichen Europa“, von dem der amerikanische Präsident George H. W. Bush im selben Jahr sprach, scheinen wir heute weiter entfernt als damals zu sein. Stattdessen wurde der europäische Kontinent durch die zunehmende Entfremdung Russlands vom Rest Europas und der gesamten westlichen Welt scheinbar zurück in die Zukunft katapultiert. Von einem neuen „Kalten Krieg“ ist oftmals die Rede.¹⁰

Allerdings entspricht die heutige Situation nicht der antagonistischen Teilung Europas in den Jahren des Kalten Krieges. Während die Welt im Zeitalter der Bipolarität von zwei Großmächten in Atem gehalten wurde, die die internationalen Beziehungen fast vollständig dominierten, ist die heutige Auseinandersetzung Russlands mit dem Westen eingebettet in ein von vielfachen Krisen und Konflikten gezeichnetes internationales System. Der zunehmend aggressiv vorangetriebene Aufstieg Chinas und der sich anbahnende Konflikt mit den USA im südchinesischen Meer, der von Kriegen begleitete Zerfall des Nahen und Mittleren Ostens, die internen Krisen innerhalb der liberalen Demokratien des Westens, sei es in der EU oder in den USA, und der Vormarsch autoritärer Staaten stellen die Stabilität des internationalen Systems ebenso infrage wie der internationale Terrorismus und die weitere Proliferation von Massenvernichtungswaffen.

10 So z. B. Sergey Karaganov, „Europe: A Defeat at the Hands of Victory?“, Russia in Global Affairs, No. 1 January/March 2015, im Internet: <http://eng.globalaffairs.ru/number/Europe-A-Defeat-at-the-Hands-of-Victory-17361>.

Der Konflikt zwischen Russland und dem Westen ist heute also keine Neuauflage des Kalten Krieges, sondern reiht sich ein in eine Vielzahl von weiteren Konflikten: Während Russland den post-sowjetischen Raum destabilisiert, zieht sich in der südlichen Nachbarschaft ein Krisenbogen von Marokko bis zum Kaspischen Meer. Die Konflikte in Syrien, in Afghanistan oder im Irak haben Millionen Menschen in die Flucht getrieben, viele davon nach Europa. Die sicherheitspolitische Lage in der gesamten europäischen Peripherie verschlechtert sich zusehends. Gleichzeitig untergraben wachsende populistische und nationale Strömungen, die durch die Flüchtlingskrise neuen Zulauf bekommen, innerhalb der europäischen Staaten den Zusammenhalt der Europäischen Union.

Die heutige Situation ist nicht minder gefährlich als der Kalte Krieg. Zum einen spielt der West-Russland-Konflikt in viele andere Konflikte und Entwicklungen destruktiv mit hinein. Dies gilt für die russische militärische Intervention in Syrien oder für Russlands Unterstützung für die Anti-Establishment Parteien am linken und rechten Rand der europäischen Parteienlandschaft, die sich dezidiert zum Ziel gesetzt haben, die Europäische Union zu schwächen. Zum anderen ist er besonders gefährlich, weil Russland noch immer die zweitgrößte Nuklearmacht der Welt ist und der Kreml seine nuklearen Fähigkeiten seit Ausbruch der Krise gegenüber dem Westen immer wieder betont – oder z. B. in Form von atomwaffenfähigen Iskander-Raketen in Kaliningrad gar demonstrativ zur Schau stellt. Anders als im Kalten Krieg gibt es heute keine funktionierende Rüstungskontrolle und keine gängige Praxis gegenseitiger Konsultationen zum Zwecke militärischer Transparenz.¹¹

Kein „Deal“ mit Moskau

Seit dem Brexit-Votum, spätestens jedoch seit der Wahl von Donald Trump zum 45. US-Präsidenten, sieht sich Russland geopolitisch im Aufwind und mit seinem Modell auf der richtigen Seite der Geschichte. Während das westliche liberale Modell, seine Normen und Institutionen, in den 1990er und frühen 2000 Jahren irreversibel schienen, gibt es in den letzten Jahren

11 Vgl. Ulrich Kühn, „Sicherheit mit Russland, Sicherheit vor Russland. Vom Umgang mit der erneuten Konfrontation“, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Europa und die neue Weltpolitik. Analysen und Positionen zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik*, Band 10 der Reihe Europa, Berlin 2016, S. 108ff.

verstärkt eine Renaissance von Nationalismus und Autokratie. Anti-liberale Kräfte wachsen nicht nur in Russland oder der Türkei, sondern auch mitten im Westen selbst. So unterschiedlich (und unterschiedlich stark) diese autoritär-nationalistischen Strömungen in Europa und den USA auch sein mögen, all ihre Vertreter zeigen sich offen für die russische Sicht auf die europäische Sicherheitsarchitektur.

Die Großmachtpolitik des 19. Jahrhunderts scheint offiziell zurück zu sein. Donald Trump zumindest hat schon während seines Wahlkampfes immer wieder betont, er wolle die Beziehungen zu Russland normalisieren und die Sanktionen gegen Moskau fallenlassen. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine scheinen im Rahmen eines möglichen „Deals“ mit Russland Verhandlungsmasse zu sein. Mit seinem Bestreben nach einer Annäherung an Russland steht der amerikanische Präsident nicht alleine da, auch in Europa treffen seine Vorschläge vielfach auf Sympathie – nicht nur bei Anhängern von Europas rechtspopulistischen Parteien,¹² sondern auch bei Vertretern linker Parteien, der sogenannten „Friedensbewegung“ sowie der Kirchen.¹³ Über den Preis einer solchen Annäherung sollte man sich jedoch im Klaren sein.

So verständlich der Wunsch nach einem, wie auch immer gearteten, neuen „Deal“ und einer stabilen, kooperativen und inklusiven Sicherheitsordnung mit Moskau ist, er ließe sich momentan nur um den Preis der Dreingabe all jener Prinzipien verwirklichen, auf denen die euro-atlantische Architektur fußt. Um die russischen Erwartungen zu erfüllen, müsste Europa eine grundlegende Umwälzung seiner Institutionen akzeptieren – das betrifft nicht nur die NATO und die EU, sondern auch die OSZE und die WTO.

Sollte man den Geist von Jalta aus der Flasche lassen und sollte es damit in Europa wieder salonfähig werden, historische Gebietsansprüche gewaltsam durchzusetzen, ist die Möglichkeit zukünftiger Auseinandersetzungen bereits angelegt. Auch sollte man sich bewusst machen, dass Russlands traditionelle Einflusszone nicht in der Ukraine endet, sondern dort erst

12 So kooperiert beispielsweise die österreichische FPÖ mit der Putin-Partei „Einiges Russland“ und der Front National ließ sich durch Millionenkredite einer Kreml-Bank seine Wahlkämpfe mitfinanzieren.

13 Exemplarisch die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland Margot Käßmann über das Verhältnis zu Russland, „Nicht wieder Kalten Krieg! Wer für eine Aussöhnung mit Russland ist, auf den prasseln anti-russische Reflexe nieder. Warum eigentlich?“, in: *Chrismon*, Februar 2017, (<https://chrismon.evangelisch.de/comment/24728>).

beginnt, und sich über das Baltikum und den Balkan bis nach Mitteleuropa zieht.¹⁴ Wo würde man die Grenzen ziehen, die auch Vladimir Putin anerkennt?

Die Revolutionen in Georgien und in der Ukraine haben zudem gezeigt, dass Großmachtdiplomatie über die Köpfe der Menschen hinweg im 21. Jahrhundert nicht mehr durchsetzbar ist. Die Gesellschaften im post-sowjetischen Raum wehren sich gegen eine Vereinnahmung durch Moskau. Sie wollen selbst über ihr politisches System und ihre Bündnisse entscheiden. Die Europäische Union muss sie in diesem Bestreben unterstützen, sonst verliert sie endgültig ihre Glaubwürdigkeit.

Das Ende des Kalten Krieges begründete eben kein neues Nullsummenspiel, bei dem der Westen den Sieg über den Osten davonstrug, sondern war ein Sieg von Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung für alle europäischen Staaten. Dieser Sieg manifestierte sich in der Charta von Paris. Die Grundprinzipien, die dort wie zuvor in der Charta von Helsinki ihren Niederschlag gefunden haben, haben sich heute keineswegs überlebt. Der Zuspruch, den diese Prinzipien in dem noch immer überwiegenden Teil Europas erfahren, spricht eine eigene Sprache. Statt die eigenen Werte und Normen nun preiszugeben, täten die Staaten der Europäischen Union gut daran, an diese (wieder) zu glauben und das eigene Handeln danach auszurichten, auch wenn dies einen langfristigen Konflikt mit Russland zur Folge hat. Dafür braucht Europa vor allem eine nachhaltige Strategie für den Umgang mit Moskau und ein hohes Maß an strategischer Geduld.

14 Vgl. Rober Kagan, *Backing Into World War III*, 6 February 2017,